

**DIE WIEDERVEREINIGUNG VOR 20 JAHREN** erschien den Zeitgenossen wie ein Wunder. Denn zunächst war der Widerstand groß: Kreml-Chef Michail Gorbatschow wollte die DDR retten, Paris und London wollten die Einheit verhindern, selbst US-Präsident George Bush zögerte. Geheimakten des Auswärtigen Amts zeigen, wie die Regie-

rung Kohl/Genscher alle diplomatischen Hindernisse überwand (Seite 39). Kohls Alleingänge brüskierten allerdings die Alliierten. „Darüber waren wir nicht glücklich“, sagt die ehemalige US-Außenministerin Condoleezza Rice im SPIEGEL-Gespräch (Seite 53). Und Paris bot einen Deal an: Ja zur Einheit gegen die Einführung des Euro.

# Der Preis der Einheit

Während die Bundesbürger den Fall der Mauer bejubelten, feilschten Bonn und Paris heimlich um die Europäische Währungsunion. Die Verhandlungen drohten zu scheitern, so belegen interne Regierungsdokumente. Mussten die Deutschen ihre Mark für die Wiedervereinigung opfern?



RAINER DREXEL / GRUPPE 28

**D**er Architekt der deutschen Einheit ist zornig. Wolfgang Schäuble, Innenminister unter Helmut Kohl und Verhandlungsführer beim Einigungsvertrag, hat die Stirn in tiefe Falten gelegt und reiht in kurzen Abständen Ausdrücke tiefsten Missfallens aneinander. Es sind kräftige Wörter, er möchte sie nicht gedruckt sehen.

Schäuble hält ein dickes Buch in der Hand. Auf dem Cover blickt Peer Stein-

brück entschlossen in die Ferne. Nicht, dass der Finanzminister persönlich etwas gegen seinen Amtsvorgänger hätte. Neulich hat sich Schäuble einen Vortrag Steinbrücks über Demokratie und Medien angehört, und gegen die Thesen des Sozialdemokraten zur Finanzkrise hat er ebenfalls wenig einzuwenden.

Was Schäuble aufbringt, ist ein schlichter Satz im zweiten Kapitel des Buchs, gut versteckt in einer langen Abhandlung

über den „lahmenden Stier“ Europa. „Die Preisgabe der D-Mark gegen den (gleichermaßen) stabilen Euro“, heißt es da, „war eine der Konzessionen, die dazu beitragen, den Weg zur deutschen Vereinigung zu ebnen.“

Es gibt nicht viele politische Aussagen, die den altgedienten Christdemokraten auf die Palme bringen können. Die Behauptung, dass die deutsche Einheit einem Tauschgeschäft zu Lasten der

D-Mark zu verdanken ist, gehört eindeutig dazu. „Einen solchen Handel hat es nie gegeben“, bekräftigt Schäuble. Die Frage der Europäischen Währungsunion habe bei den Entscheidungen zur deutschen Einheit „höchstens am Rande eine Rolle gespielt“.

Steinbrück dagegen ist sich seiner Sache sicher. Wer mit französischen Regierungsvertretern rede, sagt er, erhalte die These dutzendfach bestätigt.

20 Jahre sind seit dem kollektiven Freudentaumel des Jahres 1990 vergangen; 20 Jahre haben die Deutschen bis ins Letzte ausgeleuchtet, was alles dazu beigetragen hat, das Wunder der Einheit her vorzubringen: der Mut der DDR-Bürgerrechtler, der Zerfall der Sowjetunion, die Entschlossenheit Kohls.

Der Gedanke dagegen, dass auch das Ende der Mark Einfluss auf die deutsch-deutsche Staatenfusion gehabt haben könnte, ist für die meisten Bundesbürger eine fernliegende Vorstellung, schon wegen der Daten. Die ersten Euro-Scheine und -Münzen wurden erst Anfang 2002 ausgegeben, mehr als zehn Jahre nach der Einheit.

Unter den beteiligten Politikern dagegen sorgt die Frage, wie die beiden wichtigsten Einigungsprozesse der vergangenen zwei Dekaden miteinander zusammenhängen, seit Jahren für erbitterte Kontroversen; und es ist kein Zufall, dass die Frontlinie dabei oft entlang der deutsch-französischen Staatsgrenze verläuft.

Hubert Védrine zum Beispiel, damals Berater von Präsident François Mitterrand, ist überzeugt, dass sein Chef ohne deutsche Zugeständnisse in Sachen Währungsunion der Vergrößerung der Bundesrepublik kaum zugestimmt hätte: „Mitterrand wollte keine Wiedervereinigung ohne einen Fortschritt bei der Europäischen Integration“, sagt Védrine. „Und das einzige Terrain, das vorbereitet war, war die Währung.“

Sein deutscher Gegenspieler Joachim Bitterlich dagegen, der damals im Bonner Kanzleramt die Kontakte in den Pariser Elysée-Palast hielt, will von einem Deal der beiden Staatsmänner nichts wissen: „Die Europäische Währungsunion“, sagt er, „wäre auch ohne deutsche Einheit gekommen.“

Es geht um mehr als um einen Streit unter Politikern und Ministerialbeamten, es geht um das historische Urteil über die zentralen Regierungsprojekte der vergan-

genen Jahrzehnte. Hätten die Franzosen recht, würde nicht nur ein Schatten fallen auf den nationalen Glückstag der Deutschen.

Es würde auch den Euro beschädigen, der in Deutschland nicht erst seit den Rettungspaketen für Griechenland und andere schlingernde Euro-Staaten als ungeliebtes Kind gilt. Schon immer haben Kritiker wie der frühere Kanzler Gerhard Schröder das Gemeinschaftsgeld für „eine kränkelnde Frühgeburt“ gehalten. Nun könnten sie auch noch behaupten, dass den Deutschen der Euro quasi aufgezungen wurde.

Historiker wissen seit langem, dass wichtige Entscheidungen zu Einheit und

matischen Tagen nicht überwunden, wäre die Geschichte womöglich anders verlaufen: bei den internationalen Verhandlungen über die deutsche Einheit genauso wie in Sachen Währungsunion.

Denn bis zu jener krisenhaften Zuspitzung Ende 1989 ist die Debatte um das europäische Gemeinschaftsgeld eher nach üblichem Brüsseler Tempo verlaufen, zäh und träge, wie schon öfter in der Nachkriegszeit. Seit den Tagen Konrad Adenauers und Charles de Gaulles haben sich europäische Staatsmänner immer wieder bemüht, eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen. Erfolgreich sind sie nie. Stets scheitern die Versuche am Interessengegensatz zwischen den Inflations-

ländern des Südens und dem sogenannten Hartwährungsgürtel um Deutschland und die Niederlande.

Entsprechend gedämpft sind die Erwartungen, als Kohl und Mitterrand Mitte der achtziger Jahre einen neuen Anlauf starten. Vor allem die Franzosen leiden unter dem existierenden Währungssystem, das sie als periferes Zweiklassenordnung zu ihren Lasten empfinden.

Den Vorteil hat die deutsche Exportwirtschaft, die davon profitiert, dass die europäischen Wechselkurse innerhalb gewisser Bandbreiten festgeschrieben sind. Den Nachteil haben die Pariser Finanz- und Geldpolitiker. Sie sind dem demütigenden Diktat der Bundesbank wehrlos ausgeliefert. Jedes Mal, wenn die Frankfurter Währungshüter die Zinsen erhöhen, müssen die Franzosen nachziehen. Und jedes Mal, wenn die Preise links

des Rheins mal wieder schneller geklettert sind als auf der anderen Seite des Stroms, bleibt Paris nichts weiter übrig, als den Franc abzuwerten: ein weltweit registriertes Signal der ökonomischen Unterlegenheit. „Was für uns die Atombombe ist“, heißt es im Elysée-Palast, „ist für die Deutschen die D-Mark.“

Um den Sprengsatz zu entschärfen, beauftragt der Europäische Rat im Sommer 1988 den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, ein Konzept für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Ein knappes Jahr später legt der Franzose seinen Stufenplan vor. Das Konzept wird europaweit begrüßt, auch die großen deutschen Parteien stimmen zu. Was im allgemeinen Jubel allerdings untergeht: Im sogenannten Delors-Plan bleiben wesentliche Streitfragen zwischen Paris und Bonn ungeklärt.



Botschaftsflüchtling in Prag am 2. Oktober 1989

## Die Aufmerksamkeit der Deutschen ist in jenen Tagen ganz nach Osten gerichtet.

Gemeinschaftswährung in jenen schicksalhaften Spätherbsttagen des Jahres 1989 miteinander verwoben waren, wie der britische Euro-Chronist David Marsh vermerkt.

Nun zeigen bislang geheime Dokumente aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, die dem SPIEGEL vorliegen, dass die Verknüpfung noch viel enger war als bislang bekannt. Gegen die Wiedervereinigung drohte sich eine breite westeuropäische Allianz zu formieren, und das deutsch-französische Verhältnis stand kurz vor dem Bruch. Unverblümt warnte Mitterrand damals die Bonner Regierung, sie könnte in Europa bald so isoliert stehen „wie 1913“ – jener Zeit vor dem Ersten Weltkrieg also, als sich das Kaiserreich einer englisch-französisch-russischen Allianz gegenüber sah.

Die Papiere zeigen auch: Hätten Bonn und Paris ihre Differenzen in jenen dra-

Soll die künftige Währungsbehörde dem Zugriff der Regierungen unterworfen werden, wie es die Franzosen fordern, oder nach deutschem Vorbild unabhängig sein? Muss dem Gemeinschaftsgeld eine gestärkte politische Union vorausgehen, wie es die Deutschen fordern, oder ist das künftige Europageld auch so lebensfähig? Und schließlich: Wo soll die Zentrale der neuen Währungsbehörde angesiedelt sein – in Paris oder in Frankfurt?

So groß sind die Differenzen, dass sich der damalige Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl keine großen Sorgen macht, den Start des geplanten Europageldes jemals zu erleben. „Ich war überzeugt“, sagt Pöhl, „das kommt frühestens in hundert Jahren.“

So lange aber will Paris nicht warten. In der zweiten Jahreshälfte 1989 haben die Franzosen den europäischen Ratsvorsitz inne. Das ist im politischen Kalender Brüssels stets eine günstige Gelegenheit, die eigenen Herzensanliegen voranzutreiben. Und so erreichen das Bonner Kanzleramt immer drängendere Noten aus dem Elysée-Palast, beim Thema Währungsunion Tempo zu machen. Spätestens auf dem EG-Gipfel in Straßburg am 8. und 9. Dezember, so fordern die Franzosen, müsse eine entsprechende Regierungskonferenz für das kommende Jahr einberufen werden.

Doch in Deutschland sind die politischen Pläne auf ein ganz anderes Datum ausgerichtet: das der nächsten Bundestagswahl Ende 1990. Kohl weiß genau, dass die Aufgabe der Mark nicht nur auf den Widerstand von Bundesbank, Finanzministerium und weiten Teilen der CSU stoßen würde, sondern auch auf den Unwillen der Bevölkerung. „Die Mark ist Teil unseres Nationalstolzes“, vertraut er US-Präsident George Bush an. Sie preiszugeben wäre gleichbedeutend mit kostenloser Wahlwerbung für die rechtsgerichteten Republikaner, die in jenen Jahren mit forschender antieuropäischen Tönen die ersten Parlamente erobern. „Die D-Mark aufzugeben“, sagt Kohl im Sommer zu Mitterrand, „ist die öffentliche Meinung noch nicht bereit.“

Wochen später reicht er seine Bedenken schriftlich nach. In einem Brief an Mitterrand wiederholt er die deutsche Forderung, zeitgleich mit der Währungsunion die politische Union Europas voranzutreiben. Er fordert mehr Rechte für das Europäische Parlament und schlägt

eine zweite Regierungskonferenz zu sogenannten institutionellen Reformen vor, die zeitgleich mit den Währungsverhandlungen im Jahr 1992 abgeschlossen werden könnten.

Mitterrands Berater sind empört. Die Deutschen, so argwöhnen sie, spielen auf Zeit.

Von dem milliarden schweren Poker hinter den verschlossenen Türen der Regierungszentralen in Paris und Bonn bekommt die deutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts mit. Ihre Aufmerksamkeit wird in diesen Tagen von ganz anderen Vorgängen gefangen genommen, denen im Osten. Im Sommer öffnet sich der ungarische Grenzzaun nach Österreich. Im Ok-

nesausbruch, der einige Stunden dauert“, wie seine Berater süffisant vermerken. Der Herr im Elysée sieht an der Ostgrenze seines Reichs eine neue Supermacht entstehen, deren Geld den Kontinent dominiert und deren politisches Gewicht die europäische Nachkriegsordnung sprengt.

Wie sehr sich der Präsident hintergangen fühlt, stellt sich kurze Zeit später heraus. Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist in den Elysée geeilt, um Bonn neue Deutschlandpolitik zu erklären.

Es wird ein denkwürdiges Treffen. Eine Dreiviertelstunde, von 17.45 Uhr bis 18.30 Uhr, redet Mitterrand derart beschwörend auf seinen Gast ein, dass der

Protokollant, der deutsche Botschafter Franz Pfeffer, zu einem ungewöhnlichen Verfahren greift. „Wegen der Bedeutung des Gesprächs“, schreibt er in seiner Einleitung, habe er „keine inhaltlichen Zusammenziehungen vorgenommen“. Dafür würden „durch die Wiedergabe der insistierenden Wiederholungen die Hauptargumente besonders deutlich hervortreten“.

Das ist kaum untertrieben. Deutlicher als in diesem als „geheime Verschlusssache“ klassifizierten Protokoll lässt sich bislang kaum irgendwo nachlesen, wie eng Mitterrand sein Ja zur Einheit an deutsche Zugeständnisse bei der Währungsunion geknüpft hat.

„Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen“, doziert der Präsident, „wenn es in einer starken Gemeinschaft steht.“

Aber, so beklagt Mitterrand,

mit dem deutschen Gemeinschaftsgeist sei es aktuell nicht weit her. „Man braucht kein Psychologe zu sein, um zu erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zurzeit bremst“, bedauert er. Alle deutschen Argumente in dieser Frage deuteten klar auf die Haltung: „Wir haben es nicht eilig.“

Mit Blick auf den anstehenden Europagipfel fordert Mitterrand Zugeständnisse – und lässt eine kaum verhüllte Drohung folgen: „Wenn Deutschland sich, um die DDR vergrößert, im europäischen Gesamtverband bewegt, wird es in der Europäischen Gemeinschaft Freunde haben“, sagt Mitterrand, „sonst nur Partner mit eigenen Reflexen.“ Entsprechend stünden die Deutschen in Straßburg „vor einer sehr wichtigen Wahl“.

Genscher versteht sofort, wie die düsteren Andeutungen gemeint sind: Mitter-



Euro-Einführung am 1. Januar 2002 in Frankfurt am Main

## Frankreich hat die Atombombe, die Deutschen haben die D-Mark.

tober ziehen Hunderttausende Ostdeutsche zur Montagsdemonstration durch Leipzig. Im November fällt die Mauer.

Über Nacht rückt ein Thema auf die Tagesordnung der Weltpolitik, das den meisten Zeitgenossen noch viel utopischer anmutet als die Idee einer europäischen Gemeinschaftswährung: die deutsche Wiedervereinigung. Ende November schlägt Kohl in seiner Zehn-Punkte-Erklärung im Bundestag eine deutsch-deutsche Konföderation vor, damit „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann“.

Die westlichen Verbündeten sind nicht eingeweiht, umso kritischer sehen sie die Pläne. Bereitet Kohl hinter ihrem Rücken einen deutschen Sonderweg vor? Will der Kanzler im Herzen Europas ein neues Großdeutschland errichten?

Als Mitterrand von Kohls Erklärung hört, kommt es zu „einem kleinen Zor-

rand droht mit einem Veto gegen die Wiedervereinigung. Käme es dazu, hätte Bonn nicht nur Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher gegen sich, die aus ihrer Abneigung gegen ein größeres Deutschland kein Hehl macht, sondern auch Mitterrand.

Der Außenminister zeigt sich einsichtig. Er habe in der Vergangenheit ja schon „eine ganze Reihe von Gesprächen mit dem Staatspräsidenten“ führen dürfen, schmeichelt er. Doch dieses Gespräch halte er „für das wichtigste“. Und dann gibt er dem Präsidenten eine nicht unerhebliche Zusage: „Es ist notwendig“, sagt Genscher, „in Straßburg eine Entscheidung über die Regierungskonferenz zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion zu treffen.“

Was folgt, sind tagelange Verhandlungen zwischen dem Bonner Kanzleramt und der Pariser Regierungszentrale. Briefe werden ausgetauscht und Telefonate geführt, Zeitpläne geändert und Formulierungsvorschläge debattiert. Am Ende stimmen die Deutschen zu, die geplante Konferenz wie von Paris gewünscht Ende 1990 einzusetzen. Zugleich schrauben sie ihre Forderungen für eine politische Union zurück. Zwei Tage vor dem Straßburger Gipfel signalisiert das Kanzleramt der französischen Regierungszentrale: „Es ist okay.“

So sehen es die Stäbe, aber so ist es nicht. Als Kohl und Genscher am 8. Dezember 1989 den Straßburger Konferenzsaal betreten, schlägt ihnen eine eisige Atmosphäre entgegen. Ein Regierungschef nach dem anderen wendet sich gegen Deutschlands Drang nach schneller Vereinigung (siehe Seite 39).

Nur mit Mühe gelingt es den Deutschen, ihren EG-Partnern eine mit Vorbehalten und Bedingungen gespickte Zustimmung zur deutschen Einheit abzutrotzen. Im Gegenzug wird der französische Zeitplan für die Währungsunion im Prinzip abgenickt. Von einer politischen Union ist keine Rede.

Doch Kohl ist sich noch immer nicht sicher, den französischen Präsidenten für die deutsche Einheit gewonnen zu haben. Anfang Januar treffen sich die beiden Staatsmänner auf Mitterrands Landsitz im westfranzösischen Latché. Mehrere Stunden gehen die beiden Männer an der Atlantikküste spazieren. Dann ist klar, dass sie sich über die beiden anstehenden Vereinigungsprojekte im Grundsatz einig sind. „Nach Latché hat Mitterrand der

deutschen Einheit keinen Widerstand mehr entgegengesetzt“, sagt Kohl-Berater Bitterlich.

Nun geht alles sehr schnell. Im Sommer 1990 unterzeichnen die Unterhändler von Bundesrepublik und DDR den Einigungsvertrag, am 3. Oktober treten die neuen Länder der Bundesrepublik bei. Im Dezember starten die EG-Staatschefs in Rom die Regierungskonferenz zur Europäischen Währungsunion. Als sie im Februar 1992 die Maastrichter Verträge zur Einführung des Euro unterschreiben, fühlt Genscher eine tiefe Genugtuung: „Für mich symbolisierte dieser Akt die Einlösung meiner im deutschen Vereinigungsprozess gegebenen Zusagen“,

strument, das größere Deutschland in die europäische Gemeinschaft einzubinden.

„Möglicherweise wäre die Europäische Währungsunion gar nicht zustande gekommen ohne deutsche Einheit“, sagt der frühere Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl. „Kohl wusste, dass er, um die Wiedervereinigung akzeptabel zu machen, Europa voranbringen musste“, sagt der frühere Mitterrand-Berater Hubert Védrine. Und der heutige Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach, unter Kohl hochrangiger Beamter im Kanzleramt, befindet: „Zuvor war die deutsche Position, dass die politische Union der Währungsunion vorausgehen habe. Diese Position hat die deutsche Regierung im Zuge der damaligen Verhandlungen geopfert.“

Es war ein Zugeständnis, von dem am Ende vor allem die beiden Regierungschefs profitierten. Indem er Deutschlands Osterweiterung zuließ, half Mitterrand, Kohl zum Kanzler der Einheit zu machen. Das wiederum verschaffte Kohl die Position, den Deutschen die Mark zu nehmen – einer der größten Triumphe in Mitterrands Amtszeit.

Vieles spricht für diese These, aber die Mitglieder der damaligen Bundesregierung sehen es bis heute anders.

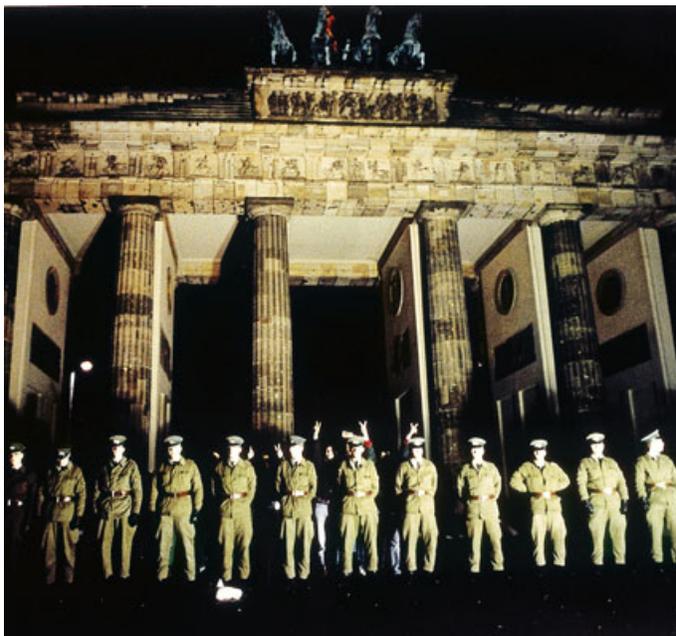
Theo Waigel geht durch das holzgetäfelte Foyer des Internationalen Clubs im Berliner Westend. In der Hand trägt er einen schwarzen Business-Koffer. Waigel war Finanzminister in der Wendezeit, und er war Finanzminister, als der Euro konzipiert wurde. Es waren

große Entscheidungen, und sie waren richtig, davon ist er fest überzeugt.

Waigel muss gleich einen Vortrag vor Berliner Unternehmern halten. Er hat nicht viel Zeit. Aber es ist ihm ein Anliegen, zu jenen krausen Theorien etwas zu sagen, nach denen die Aufgabe der Mark der Preis für die Einheit gewesen sein soll. Sogar der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat ihm das mal vorgetragen, vor einigen Jahren, in einer Talkshow. Waigel hat dem Präsidenten anschließend erklärt, wie es wirklich war.

„An dieser These ist nichts dran“, sagt Waigel. „Der Euro ist genau im vorgesehenen Zeitplan gekommen.“ Aber hat die Einheit den Start des Euro nicht wesentlich befördert? Waigel wiegt den Kopf. „Vielleicht“, sagt er, „hat die Währungsunion beigetragen, Misstrauen bei den Alliierten abzubauen.“

MICHAEL SAUGA,  
STEFAN SIMONS, KLAUS WIEGREFE



Nacht vom 9./10. November 1989 am Brandenburger Tor

### Vor dem Mauerfall war die Währungsunion ein europäisches Projekt wie viele andere.

schreibt er in seinen Erinnerungen, „auch das vereinigte Deutschland werde die Politik der europäischen Integration entschlossen und unvermindert engagiert fortsetzen.“

War die Aufgabe der Mark also der Preis für die Einheit?

Die Frage ist schon deshalb nicht eindeutig mit ja zu beantworten, weil wichtige Entscheidungen über den Euro erst später fallen, zum Beispiel im Jahr 1992, als die Franzosen den Maastricht-Vertrag bei einem Referendum nur mit hauchdünner Mehrheit passieren lassen.

Und doch lässt sich kaum bestreiten, dass der Sturz der ostdeutschen SED-Herrschaft das Währungsprojekt in einer entscheidenden Etappe seiner Geschichte vorangebracht hat. Vor dem Mauerfall war die Europäische Geldunion ein ambitioniertes EG-Projekt wie viele andere. Danach war es das zentrale politische In-